

Gibt es eine Basler Kulturpolitik?

Autor(en): Alfred Ziltener
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2005

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/2da2ca5d-b2b2-49fa-b3d2-fee5f6657970>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Gibt es eine Basler Kulturpolitik?

Kein Konsens zugunsten der Kultur

Alfred Ziltener

Zwei Podiumsdiskussionen zu kulturpolitischen Fragen: In der «Gare du Nord» ging es um Prinzipien der Kulturförderung. Auf dem Podium sassen «Pro Helvetia»-Direktor Pius Knüsel und die für die Kultur zuständigen Regierungsräte der Basler Halbkantone, Christoph Eymann und Urs Wüthrich; Vertreter der Kulturschaffenden und Kulturveranstalter waren nicht eingeladen worden. – Wenig später debattierten im Foyer des Theaters Basel Persönlichkeiten aus Kultur und Politik über die Frage «Wie viel Theater will Basel?». Eymann und der städtische Kulturbeauftragte Michael Koechlin hatten die Teilnahme abgelehnt.

Was ist das für eine Kulturpolitik, die sich offenbar lieber mit sich selbst beschäftigt, als den Dialog mit denjenigen zu suchen, die Kultur machen? Das Thema ist vielschichtig und heikel. Trotzdem soll hier der Versuch einer – subjektiven, skizzenhaften – Einschätzung unternommen werden. Das Gewicht liegt dabei auf den Bereichen «Theater» und «Klassische Musik», wo einschneidende Veränderungen bevorstehen.

Eine Basler Kulturpolitik – gibt es die überhaupt? Die Antwort lautet: ja und nein. Zwar findet man im Politikplan 2006–2009 unter Ziffer 4.4.4 eine vollmundige Absichtserklärung: «Der Kanton Basel-Stadt will die kulturelle Tradition Basels in die Zukunft tragen und kontinuierlich mit neuen Impulsen versehen. Das Basler Kulturschaffen und dessen Vermittlung soll über Kantons- und Landesgrenzen hinaus wirken.» Die Praxis aber sieht anders aus. Von «kontinuierlichen Impulsen» kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Kulturpolitik präsentiert sich bei uns – bis zu einem gewissen Grad notgedrungen – als Sparpolitik, die wenig ermöglicht und viel verhindert. (Dass eine angemessene finanzielle Beteiligung des Landkantons und der stadtnahen Gemeinden an den städtischen Kulturinstitutionen die Lage deutlich entschärfen würde, ist bekannt und muss hier nicht eigens erörtert werden.)

Ausnahmen gibt es: Eymanns tatkräftiges Eingreifen zur Rettung der «Kaserne» etwa. Erkannt wurde im Erziehungsdepartement auch die Notwendigkeit der Kulturarbeit mit

jungen Menschen. Das gross angelegte «Education-Projekt» für Basels Schüler und die Anstellung einer Konzertpädagogin sind Schritte in diese Richtung.

Diese punktuellen Akzente können jedoch den Eindruck nicht verwischen, dass in der Gesamtregerung (in der alten, wie in der neuen Zusammensetzung) kein Konsens zugunsten der Kultur besteht, der aus den zitierten Sätzen mehr als ein blosses Lippenbekenntnis machen würde. Im Gegenteil: Es ist ein offenes Geheimnis, dass ohne die Gegenwehr Eymanns im Kulturbereich noch weit mehr gespart werden müsste, als nun beschlossen.

Fragwürdige Freiheiten

Doch noch immer sind die Einbussen happig genug. Und wieder, wie bei der letzten Sparrunde vor zehn Jahren, trifft es das «Sinfonieorchester Basel» (SOB) und das Theater Basel am härtesten, während die Museen vergleichsweise glimpflich davonkommen (was nicht bedeutet, dass diese nicht auch Finanzprobleme hätten). Gewiss: Das ist implizit auch eine kulturpolitische Entscheidung, die aber – so mein Eindruck – rein pragmatische Gründe hat.

Konzeptlosigkeit zeigt sich auch im Umgang mit den Betroffenen. So soll das Theater ab der Saison 2006/07 insgesamt 3,5 Millionen Franken (von bisher 33 Millionen von Basel-Stadt – ohne Orchesterleistung – und 3,8 Millionen von Baselland) einsparen – eine Summe, die vom Departement willkürlich, ohne Anhörung der Theaterleute, festgesetzt wurde. Diese Kürzung hätte eine radikale Veränderung des Angebots zur Folge, denn natürlich kann das Haus mit so viel weniger Geld nicht die gleiche qualitative und quantitative Leistung erbringen wie bisher. Wie aber das neue Theater aussehen soll, darüber schweigt sich der Regierungsrat aus. Er überlässt diese Frage den Theaterleitern, deren künstlerische Freiheit nicht tangiert werden dürfe. Das tönt edel, ist aber nichts anderes als die Flucht aus der Verantwortung – die darin gipfelt, dass die Kulturpolitiker sich (siehe oben) vor der öffentlichen Diskussion drücken.

Ähnlich beim SOB: Es wird in die «unternehmerische Freiheit» entlassen, gleichzeitig werden ihm aber die Mittel, die es zu einer entsprechenden Umstrukturierung und Neuorientierung bräuchte, gekürzt. Die Vorstellung, die Musiker könnten die fehlenden Gelder selbst erwirtschaften, ist zumindest blauäugig: Für Mehreinnahmen, beispielsweise durch Gastspiele oder vermehrte CD-Aufnahmen, haben sie im Spagat zwischen «Allgemeiner Musikgesellschaft» (AMG) und Theater nicht den nötigen Spielraum, und Sponsoren kommen erst nach dem Erfolg – nicht umgekehrt.

Dabei gehören Theater und Orchester zu den «Leitinstitutionen», welche das Kulturleben einer Stadt massgeblich mitprägen und befruchten. Sie erzeugen und schulen erst ein Publikum, das sich für Neues interessiert und sich kompetent damit auseinandersetzen kann und will. Gerade das Theater Basel erprobt immer wieder innovative Bühnenformen; dafür stehen Christoph Marthaler, Stefan Pucher, Stefan Kaegi. Ausser-

dem sind gerade in Basel wichtige freie Gruppen entweder Gründungen des ‹Staatstheaters› (das junge theater basel) oder von dessen Ensemblemitgliedern ins Leben gerufen worden (das Tanzensemble Cathy Sharp, das Vorstadt-Theater, das Od-Theater).

Widersprüchliche Regierungspolitik

Zudem ist die Politik der Regierung in sich widersprüchlich: Einerseits buhlt sie um ‹gute Steuerzahler, entfaltet eine entsprechende Bautätigkeit und hat mit dem Verzicht auf die Erbschaftssteuer das Finanzloch des Kantons noch vergrössert – andererseits will sie nicht wahrhaben, dass ein anspruchsvolles kulturelles Angebot (und damit meine ich nicht prestigeträchtige Ausstellungen, die von der ganzen Schweiz aus in einem Tagesausflug zu besuchen sind, sondern das vielfältige, täglich wechselnde Angebot) einer der wenigen Gründe für Betuchte ist, überhaupt in eine Stadt zu ziehen.

Der Konzeptlosigkeit der Regierung entspricht die Passivität der Kulturschaffenden. Kaum jemand schreit auf bei den Sparbeschlüssen und zeigt sich solidarisch mit den Betroffenen. Alle pflegen ihr eigenes Gärtlein und halten still, weil auch sie vom Geldregen aus dem Erziehungsdepartement abhängig sind. Dabei hätten sie allen Grund, kritische Fragen zu stellen: Warum beispielsweise wird an der Kultur so rigoros gespart, wenn gleichzeitig das Baudepartement mit vollen Händen Geld ausgibt für Luxusprojekte wie die alles andere als dringliche kosmetische Behandlung des Erasmusplatzes? (Der Grund liegt in der rigiden Struktur des Finanzhaushaltes, doch die ist ja nicht sakrosankt.) – So lange aber die Kulturschaffenden selbst ihre Sache nicht für verteidigungswert halten, so lange wird die Kultur in der Basler Politik nicht den Stellenwert erhalten, den sie verdient.